



Stellungnahme der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
zum Antrag der FDP-Fraktion zur Einführung eines Hoch-
schulstudiums
im Bereich Elementarpädagogik.

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) unterstützt grundsätzlich den Vorschlag der FDP, in Zukunft ein Hochschulstudium für den Bereich Elementarpädagogik in Schleswig-Holstein einzuführen. Die GEW fordert schon seit Jahren, dass langfristig **alle** ErzieherInnen an einer Hochschule ausgebildet werden.

Tageseinrichtungen für Kinder haben einen eigenständigen Betreuungs-, Erziehungs- und Bildungsauftrag. Dieser ist sowohl im Sozialgesetzbuch VIII als auch im Schleswig-Holsteinischen Kindertagesstättengesetz festgeschrieben. Als erste Bildungseinrichtung für Kinder nehmen sie die öffentliche Verantwortung für das Aufwachsen der Kinder dar. Tageseinrichtungen für Kinder haben die Aufgabe, die persönliche, geistige und soziale Entwicklung des Kindes optimal zu fördern und soziale, materielle oder kulturelle Benachteiligungen auszugleichen. Damit haben Kindertagesstätten entscheidenden Einfluss auf den weiteren Bildungsweg der Kinder.

Angesichts der sich rasant verändernden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, unter denen Kinder heute aufwachsen, gewinnen Kindertagesstätten zunehmend eine eigenständige Bedeutung als Sozialisations- und Bildungsinstanz. Die vom Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur zur Erprobung vorgelegten Leitlinien zum Bildungsauftrag von Kindertagesstätten tragen dieser veränderten Bedeutung Rechnung.

Auf die Beschäftigten kommen dadurch erhöhte Anforderungen zu. Damit die ErzieherInnen die an sie gestellten komplexen Aufgaben auch in Zukunft erfüllen können, brauchen sie u.a. zusätzliche und zum Teil neue Qualifikationen. ErzieherInnen müssen ein erkenntnis- und handlungsleitendes Interesse, ein forschendes Lernverhalten und eine fragende Grundhaltung entwickeln. Sie brauchen fundiertes pädagogisch-didaktisches Wissen und ein entsprechendes Handlungsrepertoire und müssen vermehrt Qualifikationen im Bereich der Beobachtung, Diagnostik, der Planung, der wissenschaftlichen Reflexion und der Dokumentation von Bildungsprozessen besitzen.

Diese Qualifikationen können durch die bisherige Ausbildung auf Fachschulniveau nicht hinreichend vermittelt werden. Auch wenn seit 1996 in Schleswig-Holstein die ErzieherInnenausbildung von der Struktur her der Fachhochschulebene (12 Jahre Allgemeinbildung + 3 Jahre Fachschule) äh-



nelt, können nicht alle notwendigen inhaltlichen Bereiche erschlossen werden.

Bei der Einrichtung eines Hochschulstudiums Elementarpädagogik sollte großer Wert auf die Ausbildungsqualität gelegt werden. Erziehungs- und Sozialwissenschaften sollten die Grundlagen dieser neuen Ausbildung darstellen, Ergebnisse der Bildungs- und Sozialisationsforschung stärker berücksichtigt werden. Die Inhalte sollten dabei modularisiert werden. Eine enge Vernetzung zwischen Ausbildung, Forschung und Praxis ist anzustreben.

Bei der Einrichtung und inhaltlichen Gestaltung eines Hochschulstudiums Elementarpädagogik sollte unbedingt auf das Know-how der Fachschulen für Sozialpädagogik zurückgegriffen werden.



Reform der ErzieherInnenausbildung

Anpassung an das Ausbildungsniveau in umliegenden europäischen Staaten und besondere Berücksichtigung der Bildungsprozesse im frühen Kindesalter (Elementarbereich)

Die GEW Schleswig-Holstein setzt sich mit einem eigenständigen Forderungskatalog für die Fortsetzung der Reform der ErzieherInnenausbildung in Schleswig - Holstein ein.

Wir fordern im Einzelnen:

- einen eigenständigen Studiengang an der Fachhochschule / Universität zur Pädagogin / zum Pädagogen im Elementarbereich
- Abschluss der Ausbildung z.B. mit einer Bachelor - Arbeit und der Verleihung des akademischen Grades „Bachelor of Education“

Begründung:

Zeit der Veränderungen - Zeit der Entscheidungen: hier und jetzt.

In Westdeutschland arbeiteten Mitte der 90er Jahre ca. 650.000 Erzieherinnen und Erzieher / Sozialpädagoginnen und -pädagogen / Diplompädagoginnen und -pädagogen ... im Bereich Kinder- und Jugendhilfe. Mit ca. 270.000 Berufstätigen war die größte Gruppe in Kindertageseinrichtungen beschäftigt (vgl.: Rauschenbach, u.a.: „Die Erzieherin“ 1995). Nicht nur der Bedarf an zusätzlichen Plätzen vor allem für Kinder unter 3 Jahren und Ganztagesangebote für die 3-14 Jährigen, sondern auch die pädagogischen und betriebswirtschaftlichen Anforderungen an die Personen, die in diesen Institutionen arbeiten, sind gestiegen. Der im Kinder- und Jugendhilfegesetz verankerte Bildungsauftrag der Jugendhilfe, und speziell auch für Kindertageseinrichtungen, wird als solches von der Politik, auch nach „PISA 2000“, immer noch nicht ernsthaft genug wahrgenommen. „Kindertageseinrichtungen werden mehr als Parkhäuser missbraucht, als dass sie zur Bildung verpflichtet sind“ lautet entsprechend eine Plakatinitiative der GEW.

So schließt die Diskussion über Qualitätsverbesserungen in der Kinder- und Jugendhilfe entsprechend den Bereich der erneuten Reform der ErzieherInnenausbildung mit ein. Während in allen anderen europäischen Ländern diese Qualifikation auf Fachhochschul- oder Hochschulniveau erworben wird, findet sie in Deutschland an Fachschulen und Berufsakademien statt. Eine an die Erziehungswissenschaften direkt geknüpfte Ausbildung wird derzeit verweigert. Die „Europa- Tauglichkeit“ der in Deutschland ausgebildeten ErzieherInnen kann derzeit nicht konstatiert werden.

Im Zuge von GATS und entsprechend der Bologna-Erklärung von 1999 wird es um so dringlicher, aktiv zu werden und die Ausbildung weiter mit der Erziehungs- und Sozialarbeitswissenschaft zu verbinden und den europäischen Standards der FH- oder Universitätsebene anzugleichen. In schleswig-holsteinischen Einrichtungen, die z.B. von der dänischen Minorität getragen werden, haben deutsche ErzieherInnen sehr selten eine Chance der Anstellung. So machen zunehmend auch junge Deutsche ihre Ausbildung in Dänemark, da sich dadurch ihre Einstellungschancen dies- und jenseits der Grenzen enorm verbessern.



Die Vermittlungsfähigkeiten von ErzieherInnen für den Erwerb von Handlungskompetenzen und Schlüsselqualifikationen bei Kindern und Jugendlichen (vgl. PISA 2000 und OECD 2000) wird in der jetzigen Form nicht ausreichen. Um aber den Anspruch in der Praxis gerecht zu werden, bedarf es durchgehend anderer Eingangsvoraussetzungen.

1. Höheres Lebensalter, qualifizierter allgemeinbildender Abschluss, Fähigkeit zum eigenständigen Lernen, Auseinandersetzung mit Studieninhalten
2. Organisation und Struktur der FH / Universität: offeneres, vielfältigeres Lernklima. Im Grundstudium werden allg. Bereiche (Soziologie, Recht, Politik, Pädagogik,...) vermittelt, im Hauptstudium spezialisiert man sich auf bestimmte Arbeitsschwerpunkte (vgl. z.B. Dänemark)
3. Intensive Verzahnung von Theorie und Praxis, um erworbene Kompetenzen in der Praxis überprüfen zu können
4. Einfügung von Fragestellungen aus der Praxis als Leitfaden für die Auseinandersetzung auf wissenschaftlichem Niveau in der Ausbildung

Der Bereich der Tageseinrichtungen für Kinder ist die erste Instanz im Bildungssektor der nachwachsenden Generation. Alle übergeordneten Fähigkeiten (Strukturbildung, Hierarchisierung, Zielentscheidung, Reflexion), die in der zukünftigen Gesellschaft von den Kindern gefordert werden, finden in der Elementararbeit ihren Platz und können erlebt, erfahren und somit intensiv vermittelt werden.

Autonomie, Sachkompetenz und Solidarität sind als zentrale Dimensionen kindlichen Verhaltens anzusehen und zu fördern. Im elementarpädagogischen Bereich muss Bildung für Kinder heute als Vermittlung von Kompetenzen - untergliedert in instrumentelle, personale, soziale Kompetenzen und inhaltliches Basiswissen- und als Stimulierung zur Weiterentwicklung definiert werden.

Die Wissenschaft (Hirnforschung) bestätigt diese Bildungsauffassung mit entsprechendem Untersuchungsergebnissen. Dabei ist darauf zu achten, dass der Bildungsgedanke nicht einseitig instrumentalisiert wird. Kinder benötigen Weltwissen, „aber nicht nur deshalb, weil sie in einer Wissensgesellschaft besonderer Art aufwachsen, sie brauchen es und eignen es sich (...) an, weil der Aufbau des Subjekt-Welt-Bezuges den Kernbereich ihres Selbstwerdens ausmacht“, so Prof. Ludwig Liegle von der Universität Tübingen auf einer Fachtagung der GEW in Stuttgart im April 2002.

Bereits 1998 stellte der Berliner Erziehungswissenschaftler Prof. Wolfgang Tietze fest, dass Tageseinrichtungen für Kinder nicht in der Lage sind, allen Kindern optimale Bildungserfolge zu vermitteln. Oftmals konzentriert sich die fachpolitische Qualitätsdiskussion auf strukturelle Aspekte und vernachlässigt die pädagogische Prozess - und Ergebnisqualität! Alle drei Dimensionen sind für die Erziehungsqualität von herausragender Bedeutung und müssen miteinbezogen werden.



Durch die sog. „Neuen Steuerungsmodelle“ werden Verwaltungs- und haushaltstechnische Aufgaben vermehrt an die Einrichtungen der Kindertagesbetreuung delegiert. Die Leitbild- und Qualitätsentwicklung fordert Fähigkeiten und Fertigkeiten im Managementbereich. Die Betriebswirtschaft macht einen Teil der Arbeit in der Jugendhilfe aus, sie entscheidet vielfach über Lebenswege von Kindern und Jugendlichen.

Gesamtgesellschaftliche Veränderungen im Bereich der Familie müssen schon im Elementarbereich erkannt und entsprechend ins erzieherischen Handeln einbezogen werden.

Beratende Tätigkeiten, z.B. in Form von Gesprächen zu Lebens-, Ehe- oder Familien- und Erziehungsfragen, werden in der Praxis zunehmend vom Fachpersonal eingefordert.

Zudem genügt es nicht, die Kinder zu beobachten, darüber Entwicklungsprotokolle und Soziogramme zu erstellen; es bedarf des entwicklungspsychologischen Hintergrundwissens, um adäquates pädagogisches Handeln zu ermöglichen.

Es ist festzustellen:

Dies kann in der Ausbildung von ErzieherInnen an Fachschulen nicht hinreichend genug abgedeckt werden! Auch wenn diese seit 1996 sich in Schleswig-Holstein von der Struktur her der Fachhochschulebene (12 Jahre Allgemeinbildung + 3 Jahre Fachschule) ähnelt, so werden nicht alle Bereiche erschlossen und es gibt keinen international vergleichbaren Abschluss.

Umsetzungsmöglichkeit:

In der derzeitigen Neuorientierungsphase der (Fach-) Hochschulen in Schleswig - Holstein (vgl. Papier Erichsen - Kommission) kann der Vorstoß der GEW in konkrete Bahnen gelenkt werden. Die Umstellungen auf Bachelor- und Masterstudiengänge bis 2006 z.B. an den Universitätsstandorten Kiel und Flensburg kann zur Verwirklichung dieser Forderungen vorzüglich genutzt werden.